

Gesellschaftlicher Zusammenhalt

Jeder will eine Insel sein

Die Gesellschaft driftet auseinander. Die Idee der großen Gemeinschaft verliert an Kraft, die Menschen grenzen sich in immer kleinere Gruppen ab. Wie kann der Zerfall in isolierte Stämme gestoppt werden? Eine Umfrage unter Experten

Von **Bettina Fernsebner-Kokert** und **Walter Osztovcics**

15. Januar 2018, 7:00 Uhr / Editiert am 15. Januar 2018, 13:45 Uhr / ZEIT Österreich Nr. 3/2018, 11. Januar 2018 / 475 Kommentare

AUS DERZEIT NR. 03/2018



Es klang fast ein wenig großväterlich, als der französische Staatspräsident Emmanuel Macron [<https://www.zeit.de/thema/emmanuel-macron>] in der traditionellen Neujahrsansprache seine Landsleute ermahnte: "Fraternité ist es, was uns zusammenhält." Gerade jetzt sei diese Tugend dringend nötig, um die Zerfallerscheinungen in der Gesellschaft zu stoppen.

Annähernd zur gleichen Zeit hielt auch seine Kollegin Angela Merkel eine Rede zum Jahreswechsel [<https://www.zeit.de/politik/deutschland/2015-12/neujahrsansprache-angela-merkel-integration-zuwanderung>], in der rund ein halbes Dutzend Mal der soziale "Zusammenhalt" angesprochen wurde. Italiens Staatsoberhaupt Sergio Mattarella appellierte in seiner Grußadresse an die "Einigkeit" seiner Landsleute, und in Kopenhagen erinnerte die für ihren warmherzigen Ton bekannte Königin Margrethe die Dänen an ihre besondere Stärke, nämlich den starken Gemeinschaftsgeist. Schon lange haben sich nicht mehr so viele politische Führungskräfte so große Sorgen um das gesellschaftliche Miteinander gemacht.

Mit gutem Grund, wie die Arena Analyse 2018 *Wir und die anderen* nahelegt. Diese Studie, die auf Expertenbefragungen beruht, wird seit 2006 jedes Jahr vom Wiener Beratungsunternehmen Kovar & Partners in Zusammenarbeit mit der ZEIT und dem *Standard* durchgeführt. Ziel ist es, künftige Trends aufzuspüren und ihre Hintergründe auszuleuchten. Insgesamt wurden dafür Tiefeninterviews und schriftliche Beiträge von über 50 Expertinnen und Experten ausgewertet.

Der nahezu einhellige Befund: Das gesellschaftliche Gefüge hat Risse bekommen, die immer größer werden. Was man für festes Packeis hielt, entpuppt sich nun als ein Puzzle nur mehr lose zusammenhängender Eisschollen, die scheinbar unaufhaltsam immer weiter auseinanderdriften. Die meisten Teilnehmer der Arena Analyse halten es für eine "bedrohliche Entwicklung, wenn gesellschaftliche Teilgruppen nichts mehr miteinander zu tun haben wollen".

Diese Einschätzung wird mehr und mehr zu einem bestimmenden Faktor im Bewusstsein der Menschen. Mehr noch als der Verlust traditioneller Zusammengehörigkeit prägt die Angst vor dem Verlust des sozialen Miteinanders das Lebensgefühl und zeitigt auf den ersten Blick paradoxe Folgen. Auf der Suche nach mehr Gemeinsamkeit schließen sich kleinere Gruppen zusammen, die sich daraufhin entschlossen nach außen abgrenzen. Die Bewohner der einzelnen Eisschollen – um im Bild zu bleiben – rücken enger aneinander und halten zugleich die anderen umso mehr auf Distanz. Auf der Suche nach innerem Zusammenhalt werden immer neue Zäune aufgerichtet.

In der EU gewinnen die nationalen Egoisten die Oberhand

Das Phänomen lässt sich auf mehreren Ebenen und in vielen Bereichen gleichzeitig beobachten: Die Einheit der EU ist in Gefahr, weil in den Mitgliedsstaaten die nationalen Egoisten die Oberhand gewinnen. Doch auch die Nationalstaaten selbst kommen durch Autonomiebewegungen unter Druck. Von Katalonien und dem Baskenland über Norditalien bis nach Schottland wird mit Eigenständigkeit und Austrittsdrohungen erfolgreich Politik gemacht. Innerhalb der kulturell nur scheinbar homogenen Regionen wächst die Entfremdung zwischen Stadt und Land. In den Städten entstehen soziale, ethnische und religiöse Ghettos, wie man sie früher nur aus den USA kannte. Und natürlich hat auch der ehemalige Facebook-

[<https://premium.zeit.de/abo/diezeit/2018/03>]

Dieser Artikel stammt aus der ZEIT Nr. 03/2018. Hier können Sie die gesamte Ausgabe lesen.

[<https://premium.zeit.de/abo/diezeit/2018/03>]

Manager Chamath Palihapitiya mit seiner berühmt gewordenen Philippika

[<https://www.theguardian.com/technology/2017/dec/11/facebook-former-executive-ripping-society-apart>] recht: Nirgendwo wird derart hemmungslos abgeschottet und ausgegrenzt wie in den Echokammern der sozialen Netzwerke.

Zwei dramatische Veränderungen der letzten Zeit haben die in jeder Gesellschaft vorhandenen Bruchlinien so bedrohlich anwachsen lassen: zum einen Globalisierung [<https://www.zeit.de/thema/globalisierung>] und Digitalisierung mit ihren tiefgreifenden Auswirkungen auf die Arbeits- und Lebenswelt. Und zum anderen die Migrationsströme, die in ihrer Heftigkeit zwar fürs Erste gestoppt wurden, aber als

Bedrohung weiterhin im Bewusstsein präsent bleiben. Ebenso birgt auch der Umgang mit den bereits anwesenden Asylwerbern ein brisantes Thema – nicht nur in Österreich.

Globalisierung und Digitalisierung beschleunigen einen Wandel, der traditionelle Berufe verschwinden lässt oder bis zur Unkenntlichkeit verändert. Vertraute Jobs werden gekillt, neue, mit denen zunächst niemand etwas anfangen kann, entstehen an ihrer Stelle. Mag sein, dass sie in Summe das Bruttoinlandsprodukt stark wachsen lassen, doch unter der Oberfläche dieser Statistik verlieren die Menschen ihren Halt und fühlen sich im Stich gelassen.

Die Angst ums Eigene

Die Furcht vor dem Verlust des Jobs und dem damit verbundenen sozialen Abstieg führt nicht zum Zusammenrücken der Werktätigen, sondern zur Entsolidarisierung, lautet ein Befund der Experten der Arena Analyse. Die Angst ums Eigene verstellt den Blick auf das Gemeinsame. "Hey, kleiner Mann, deine Armut kotzt mich an", heißt es treffend in einem Lied der Münchner Rap-Gruppe Die Stehkrägen. Dass es sich bei dem Hit um Satire handelte, war zunächst nicht klar, zumal die Band in Interviews und Fernsehauftritten konsequent Snobismus versprühte – die öffentliche Empörung war dementsprechend groß. Sagt also die Tatsache, dass ein ironisch gemeinter Song, der Armut scheinbar verunglimpft, von vielen Menschen ernst genommen wird, bereits etwas über mögliche neue Risse im gesellschaftlichen Zusammenhalt aus?

Dabei müssten Wirtschaftswachstum und sinkende Arbeitslosigkeit eigentlich zu einem optimistischeren gesellschaftlichen Klima beitragen. Doch die Angst vor Verlusten lässt sich durch dürre Zahlen nicht so leicht besänftigen. Die Digitalisierung der Arbeitswelt [<https://www.zeit.de/thema/digitalisierung>] schreitet in mit großer Geschwindigkeit weiter voran, und noch weiß niemand, wie viele Berufszweige ausgelöscht werden wie ehemals die Heizer der Dampflokomotiven. Wer Zeitungen aufschlägt, kann jedenfalls nachlesen, dass auch sein eigener Job theoretisch demnächst von Computern und Robotern übernommen werden könnte.

Die "Somewheres" und die "Anywheres" liegen im Streit um die soziale Vorherrschaft

Kein Wunder also, dass die Gesellschaft ein Gefühl schwindender Gerechtigkeit erfasst hat – gleichgültig, wie gering der Gini-Koeffizient, das Maß für gesellschaftliche Ungleichheit, auch sein mag. Die Erwartung, die soziale Balance werde kippen, stelle eine Bedrohung für die soziale Kohäsion dar, wird in mehreren Beiträgen zur Arena Analyse 2018 betont. Diese gesellschaftliche Grundstimmung schürt Neid und befeuert Verteilungskonflikte – das diffuse Gefühl von fehlender Gleichheit scheint schneller zu wachsen als die tatsächlichen Ungleichheiten.

Die daraus resultierende Verbitterung erklärt das widersprüchliche Bild: Laut Statistik gibt es in Österreich kaum echte Armut, die Kluft zwischen nicht besonders Wohlhabenden und Reichen ist vergleichsweise gering. Dennoch wächst das Gefühl, nicht mehr zusammenzugehören, und es richtet sich sowohl nach oben als auch nach unten: In der Boulevardpresse und den sozialen Medien entlädt sich eine ressentimentgeladene Neiddebatte gegen die Bezieher von Mindestsicherung, gegen Langzeitarbeitslose, gegen Flüchtlinge [<https://www.zeit.de/thema/fluechtling>] ohnehin – Menschen, die nicht arbeiten und trotzdem irgendwie Geld kriegen. Noch deutlicher ausgeprägt ist die Wut über die systematische Solidaritätsverweigerung der ganz Reichen. Daten-Leaks wie die Paradise Papers [<https://www.zeit.de/thema/paradise-papers>] haben deutlich vor Augen geführt, wie Milliardäre und Großkonzerne ganz legal Steuern vermeiden, indem sie Firmenkonstrukte auf den Cayman Islands oder in anderen Offshore-Finanzhäfen errichten.

Die Migration machte eine ganz andere Form der gesellschaftlichen Spaltung sichtbar. Offensichtlich ist es nämlich mit den gemeinsamen Werten in Europa nicht ganz so weit her wie gedacht. Dass in den Ländern, die vor 1989 zum Ostblock gehörten, ein völlig anderes Verständnis von Solidarität mit Kriegsflüchtlingen herrscht als im Westen, hat eine veritable EU-Krise ausgelöst. Aber auch innerhalb der westeuropäischen Länder lassen sich zwei Gruppen mit völlig konträren Wertsystemen ausmachen, die der britische Autor David Goodhart als "*Somewheres*" und "*Anywheres*" bezeichnet hat, also "Irgendwo-Menschen" und "Überall-Menschen". Die *Somewheres* sind bodenständig, in einer Region verwurzelt, in der Regel weniger gebildet, ihre Identität leitet sich von einer regional definierten Gruppe ab – sizilianische Bauern, Hamburger Dock-Arbeiter, bretonische Hausfrauen. Sie empfinden Wandel als negativ und Zuwanderung als verstörend. Die *Anywheres* sind hingegen urban, beziehen ihre Identität aus Bildung, beruflichem Erfolg oder der Zugehörigkeit zu einer Elite. Ihr Selbstverständnis ist nicht an einen Ort gebunden, und folgerichtig begreifen sie Zuwanderer und Wandel als Quellen für neue Chancen.

Bis vor Kurzem noch hatten sich die urbanen Überall-Menschen die kulturelle Hegemonie gesichert. Als dann die *Somewheres* plötzlich aufbegehrten, wurden sie fassungslos auf dem falschen Fuß erwischt: als etwa Donald Trump ins Präsidentenamt gewählt, Großbritannien aus der EU gezwungen oder von Österreich über Deutschland bis Italien eine radikale Umkehr in der Flüchtlingspolitik durchgesetzt wurde.

Politisch wirksam konnten die Ansichten und Ziele der Irgendwo-Menschen vor allem deshalb werden, weil populistische Parteien die Zugkraft ihrer Themen entdeckten. Im normalen politischen Prozess haben diese Gruppen es nämlich deutlich schwerer, sich zu artikulieren. Zumindest in Österreich führt auch das

demokratische System als solches zu systematischer Ausgrenzung. Diesen Effekt hat die Politologin Tamara Ehs näher untersucht: "Rund 15 Prozent der dauerhaft in Österreich lebenden Menschen, die hier arbeiten und Steuern zahlen, dürfen nicht wählen. In Wien sind es sogar fast 25 Prozent." Sie besitzen nicht die österreichische Staatsbürgerschaft, deren Erwerb im internationalen Vergleich besonders schwer und besonders langwierig ist. Es trifft nicht etwa nur Neuankommlinge; mehr als die Hälfte der Nichtwahlberechtigten lebt seit mehr als zehn Jahren in Österreich oder ist gar hier geboren. Dazu kommen rund 20 Prozent Wahlberechtigte, die weder an Wahlen noch an anderen Formen der Politik teilnehmen. Diese Totalverweigerer entstammen meist derselben sozialen Schicht: "Es sind überwiegend Menschen mit schlechter Ausbildung und schlecht bezahlten, ständig bedrohten Jobs", sagt Ehs. "Jene soziale Schieflage der Demokratie, also dass gerade diese gesellschaftlich ohnehin Schwachen nicht repräsentiert werden, halte ich für ein Problem."

Bildung ermöglicht Teilhabe

Mehr direkte Demokratie [<https://www.zeit.de/thema/direkte-demokratie>] könnte die Schieflage sogar noch verstärken, fürchtet die Wissenschaftlerin: "Bürgerbeteiligung oder Online-Partizipation mögen für ohnehin engagierte Aktivbürger toll sein, aber sie erfordern Wissen, Zeit und auch habituelle Ressourcen. Sozial Schwache mit geringer Bildung werden da erst recht wieder abgehängt." Auch sonst könnte die Digitalisierung gesellschaftliche Risse verbreitern und neue entstehen lassen. Und das gleich mehrfach. So schafft der Vormarsch von computergesteuerten Systemen neue Ungleichheiten auf dem Arbeitsmarkt. Die Möglichkeiten der Internet-Kommunikation lösen lokale Strukturen auf und ersetzen sie durch neue: Teenager finden ihre Freunde nicht mehr in ihrer Straße oder ihrem Bezirk, sondern im virtuellen Raum.

Die neuen Kommunikationstechnologien können also auch gemeinschaftsstiftend sein. Die Arena-Analyse-Teilnehmer berichten von Familien, die ihre Zusammenkünfte über WhatsApp organisieren, oder Freundesgruppen, die sich zusätzlich zu ihren Treffen auf Instagram vernetzen. Auch die Studie zur digitalen Familienkommunikation [http://docs.dpaq.de/12836-techbook_digitale_familienkommunikation_key_findings_dpa.pdf], im August 2017 von dem Münchner Meinungsforschungsinstitut Kantar TNS durchgeführt, legt den Schluss nahe, dass die digitale Kommunikation in der Regel kein Ersatz für persönliche Gespräche ist, sondern eine Ergänzung und daher den Dialog mit der Familie und Freunden fördert.

Aber es gibt da eben auch die entzweieende Wirkung der sozialen Medien. So warnte der frühere US-Präsident Barack Obama im ersten Interview nach seinem Ausscheiden aus dem Amt – geführt von Gast-Moderator Prinz Harry

[<https://www.nytimes.com/2017/12/27/world/europe/obama-prince-harry-interview.html>] – vor einer "Balkanisierung der Gesellschaft" durch Facebook, Twitter und ähnliche Plattformen: Wird nicht gegengesteuert, würden viele in fragmentierten Realitäten leben, unfähig, noch einen echten gesellschaftlichen Diskurs zu führen.

Algorithmen schotten die neuen digitalen Stämme in Echokammern ab

Auch in zahlreichen Beiträgen der Arena Analyse wird auf die Gefahr der gesellschaftlichen Fragmentierung hingewiesen. Die wechselseitige Abgrenzung auf diesen Plattformen passiert nahezu automatisch durch die dahinterliegenden Algorithmen. Je öfter man Facebook oder Google-News nutzt, desto verlässlicher wird man von den Suchmaschinen mit Nachrichten, Werbung oder Kontakten genau jener Art versorgt, die man schon bisher aufgerufen hatte. Unmerklich zurrt der Zentralrechner die Scheuklappen immer enger. So entstehen digitalen Stämme, die wenig mit den anderen Stämmen zu tun haben – und wenn, begegnen sie einander nicht in friedlicher Absicht. Debatten werden nicht mit dem Ziel geführt, Differenzen zu überbrücken, sondern emotional, oberflächlich und in der Absicht, die eigene Meinung bestätigt zu sehen.

Aber lässt sich denn gar nichts tun, damit der Wunsch von Merkel, Macron und den anderen nach mehr Zusammenhalt in Erfüllung geht? Welche Kräfte könnten die Eisschollen wieder zusammentreiben lassen und zu einem Ganzen vereinen?

Große Hoffnungen lösen hier vor allem zwei Bereiche aus: zum einen die aktive Zivilgesellschaft, die Arbeit von und die Mitarbeit in Vereinen aller Art. In solchen von einem gemeinsamen Ziel geleiteten Organisationen – ob es sich nun um die Freiwillige Feuerwehr handelt, eine Musikkapelle oder eine Nachbarschafts-Initiative – werden Differenzen und Berührungängste überbrückt, finden also Menschen zusammen, die ohne diese Vereine in unterschiedlichen Welten leben würden. Zudem kommt auch das Ergebnis der gemeinsamen Freizeittätigkeit meist der Gemeinschaft zugute. So werden ganz praktisch und ohne pathetischen Überbau Verantwortung und Zusammengehörigkeit geübt.

DIE EXPERTEN DER STUDIE**Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Arena Analyse 2018** (in alphabetischer Reihenfolge)

Johannes Attems, Anna Badora, Fritz Breuss, Franz Dinthobl, Bernhard Drumel, Alexander Egit, Tamara Ehs, Caspar Einem, Franz Fischler, Harald Greger, Nikolaus Griller, Julian Hadschieff, Dietmar Halper, Elisabeth Hauser, Manfred Hofer, Karl Jurka, Daniel Kapp, Karl Kienzl, Hans-Peter Klös, Robert Krimmer, Michael Landau, Karl Lengheimer, Sonja Linkeseder, Bernhard Marckhgott, Heinz Mayer, Kurt Mayer, Elisabeth Mayerhofer, Cornelia Mayrbäurl, Fritz Meißl, Johann Minihuber, Philippe Narval, Christoph Neumayer, Willi Nowak, Martina Pecher, Anton Pelinka, Ronald Pichler, Georg Reischauer, Peter Reischer, Walter Säckl, Stefan Schartlmüller, Christoph M. Schneider, Margit Schratzenstaller-Altzinger, Alois Schrems, Wilfried Sihn, Lisa Sinowatz, Christiane Spiel, Agnes Streissler-Führer, Anton Wais, Manfred Welan, Laura Wiesböck, Ruth Wodak

Der zweite und nach Einschätzung der Arena-Analyse-Teilnehmer wichtigste Schlüssel für die Verbesserung der sozialen Kohäsion lautet Bildung. Bildung ermöglicht Teilhabe, Bildung ermöglicht sozialen Aufstieg. Die realistische Aussicht, die soziale Stufenleiter erklimmen zu können, stellt eines der stärksten Motive dar, an die Gesellschaft zu glauben und sich nicht von ihr abzukapseln. Allerdings ist dafür ein Bildungssystem nötig, das soziale Unterschiede überwindet und nicht zementiert. Das ist in Österreich nur bedingt der Fall. Regelmäßig beklagt im Gegenteil der OECD-Bildungsbericht die allzu starke soziale Differenzierung in den unterschiedlichen Schultypen.

Ein Bildungssystem, das als Kitt der Gesellschaft wirkt, müsste dagegen jene Hürden überwinden, die der – von Macron geschätzte – französische Sozialphilosoph Pierre Bourdieu als "Erbe der familialen Sozialisation" bezeichnet: Die Schulen haben allzu oft nicht die Kraft, die bereits internalisierten Abgrenzungen zu überwinden, die den Schülern vom Elternhaus mitgegeben werden. Oder, wie es eine in einer wienerischen Redensart heißt: "Wie soll man meine Kinder erziehen? Sie machen mir doch alles nach ..."

